Landeshauptstadt Magdeburg

Änderungsantrag

DS0258/21/3 öffentlich

Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
DS0258/21	27.08.2021

Absender	
Jugendhilfeausschuss	
Gremium	Sitzungstermin
Finanz- und Grundstücksausschuss	01.09.2021
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	07.09.2021
Stadtrat	09.09.2021

Kurztitel
Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, die mit Beschlusspunkt 1 der DS verknüpften Anlagen 3, 4, 5 und 6, insoweit diese sich auf die Förderung des § 16 (2) SGB VIII beziehen, dahingehend zu verändern, dass:

- a) die Einrichtungen nach § 16 (2) SGB VIII als stadtweite Angebote in der Anlage 5 Berücksichtigung finden
- b) der vorgesehene Anteil an VZÄ auf 10 VZÄ aufgerundet wird, um hierdurch der Weiterentwicklung vorgesehener Angebotsstruktur Rechnung zu tragen.
- c) die bisherigen, nach §16 (2) SGB VIII geförderten Einrichtungen bzw. im Rahmen von Leistungsverträgen nach § 16 (2) SGB VIII geförderten Träger werden im allgemeinen Interessenbekundungsverfahren aufgefordert, einen entsprechenden Förderantrag/Konzept abzugeben. Neben der Konzeption des Trägers sollen insbesondere bestehende Angebote gem. § 16 (2) SGB VIII am Ort sowie deren Weiterentwicklungsmöglichkeiten und im Hinblick auf die Zuordnung von VZÄ die räumliche Leistungsfähigkeit des jeweiligen Trägers Berücksichtigung finden.
- d) Kooperationen mit familienorientierten Einrichtungen in anderen Versorgungsgebieten zu begrüßen und der Zersplitterung von Angeboten durch Aufteilen von VZÄs vorzuziehen sind.
- e) Förderungen von *Familienzentren* durch das *Land Sachsen-Anhalt*, wenn konzeptionell untersetzt, als zusätzliches Angebot in den lokalen Einrichtungen der Familienbildung berücksichtigt werden.

Begründung:

Die Wirkung von Einrichtungen nach § 16 (2) SGB VIII ist nicht auf das Versorgungsgebiet beschränkt, die Angebote werden erfahrungsgemäß versorgungsgebietsübergreifend genutzt. Der Bereich der Familien(-bildungs)arbeit bedarf ebenso wie der Bereich der Jugendarbeit konstanter bedarfsorientierter Weiterentwicklung, dem kann nur Rechnung getragen werden, wenn auch dementsprechend VZÄ dafür eingeplant werden. Durch das Interessensbekundungsverfahren und die Konzepteinreichung kann Transparenz hinsichtlich interessierter Träger geschaffen und ausgelotet werden, welche Standorte und Angebote mit stadtwertem Draufblick geeignet sind, um die Bedarfe der Zielgruppe zu decken. Siehe auch Ausführungen Stellungnahme.

Dennis Jannack
Vorsitzender Jugendhilfeausschuss